

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion der CDU

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
- Drucksache 8/813 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 8/600 -

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushalts-
gesetz 2022/2023)**

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 8/598 -

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes
Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung**

hier: Einzelplan 13
**Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Kultur,
Bundes- und Europaangelegenheiten**

Der Landtag möge beschließen:

- | | |
|--------------------|---|
| 1. In Kapitel 1304 | Kirchenangelegenheiten, Glaubensgemeinschaften |
| Titel 684.01 | Förderung der Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und
Flüchtlinge und Förderung der wissenschaftlichen Forschung
nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes |

wird der Ansatz für das Jahr 2022 und das Jahr 2023 jeweils

von	30,0 TEUR
um	25,0 TEUR
auf	55,0 TEUR

erhöht.

2. In der Erläuterung zu Titel 684.01 wird der letzte Satz gestrichen.

3. Zur Deckung der Mehrausgaben wird der Haushaltsansatz in

Einzelplan 13	Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten
Kapitel 1301	Ministerium
Titel 511.21	Geschäftsbedarf

für das Jahr 2022

von	176,6 TEUR
um	25,0 TEUR
auf	151,6 TEUR

und für das Jahr 2023

von	166,1 TEUR
um	25,0 TEUR
auf	141,1 TEUR

gesenkt.

4. In der Erläuterung zu Titel 511.21 wird in Ziffer 4 sowie in der Zeile „zusammen“ der Ansatz in den Jahren 2022 und 2023 um jeweils

25,0 TEUR

gesenkt.

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

Der Bund der Vertriebenen und der Landsmannschaften in unserem Bundesland leisten eine wichtige Arbeit für die Vermittlung von Geschichte und Kultur. Je weniger Menschen Flucht und Vertreibung aktiv erlebt haben, umso wichtiger wird diese Arbeit und die Weitergabe dieses Punktes der Geschichte an nachfolgende Generationen. Gerade vor dem Hintergrund weltweit zunehmender Flucht- und Migrationsbewegungen ist die Vermittlung eines Verständnisses für Ursachen und Folgen von Flucht und Vertreibung elementarer Bestandteil politischer Bildung. Daher ist der Haushaltsansatz wieder auf die bisherige Höhe aufzustocken.